



IW-Policy Paper 16/20

Biden versus Trump

Positionen in der Handels-, Wirtschafts- und Klimapolitik
Hubertus Bardt / Galina Kolev

Köln, 17.08.2020

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	3
1 Ökonomische Zwischenbilanz vor den Wahlen	4
2 Internationaler Handel	7
3 Wirtschafts- und Industriepolitik	12
4 Klimapolitik	14
5 Europa und die Präsidentschaftswahl	18
Literatur	19
Abstract	21

JEL-Klassifikation:

E6 – Wirtschaftspolitik USA

F13 – Handelspolitik USA

D72 – Wahlen USA

Zusammenfassung

Die amerikanischen Wahlen im November 2020 werden nicht nur für die USA selbst, sondern auch für Europa und Deutschland von hoher Bedeutung sein. Während die transatlantische Kooperation unter der aktuellen Administration gelitten hat, besteht mit einem Regierungswechsel die Chance auf einen Neuanfang. In der Wirtschaftspolitik unterscheiden sich die beiden Kandidaten teils fundamental. Besonders in der Klima- und der Handelspolitik sind konkrete Auswirkungen auf die globale Politik zu erwarten, die für Europa von hoher Bedeutung sind. In der Klimapolitik wäre von einem Präsident Biden die Rückkehr zum Pariser Klimaabkommen zu erwarten. Auch die inländische Klimapolitik würde sich verschärfen. Eine Bepreisung von Emissionen, die analog zum Emissionshandel in Europa eine Annäherung der Wettbewerbsbedingungen bewirken könnte, ist aber nicht wahrscheinlich und taucht im Wahlprogramm der Demokraten nicht auf. Auch in der Handelspolitik würde ein Regierungswechsel Veränderungen mit sich bringen, obwohl das Programm der Demokraten stark protektionistisch geprägt ist. Dies würde vor allem im Konflikt mit China deutlich bleiben. Doch dürfte der Ansatz gegenüber der EU stärker kooperativer ausgerichtet sein. Chancen bestehen zudem in der Sicherung der multilateralen Handelsordnung, da eine größere Bereitschaft zur Zusammenarbeit und zur Regelbindung vorhanden ist als bei der gegenwärtigen Regierung.

1 Ökonomische Zwischenbilanz vor den Wahlen

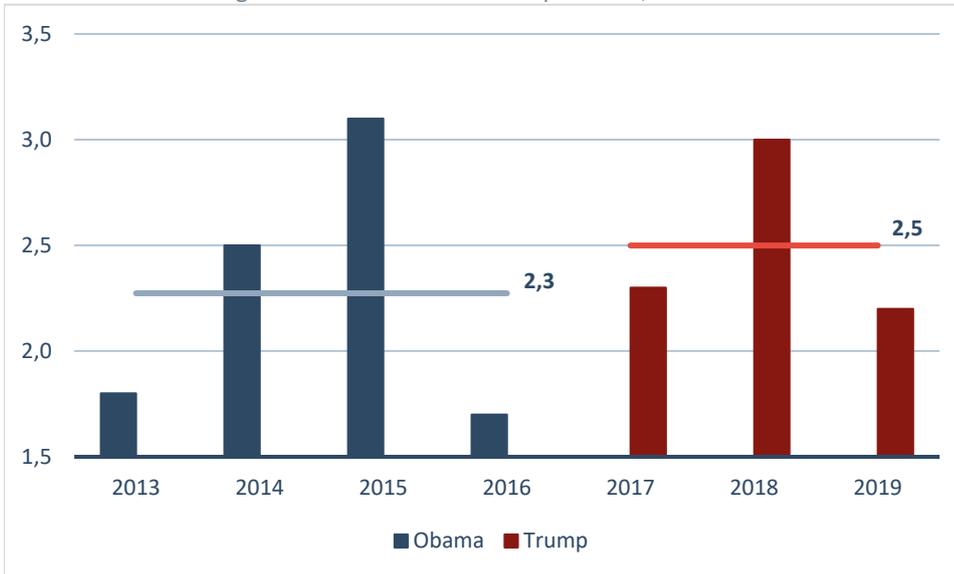
Die US-Präsidentschaftswahl 2016 war eine Zäsur für die amerikanische Politik und die internationalen Beziehungen. Auch für Deutschland und Europa kam es zu gravierenden Veränderungen durch die derzeitige US-Administration: So sind die USA aus dem Pariser Klimaabkommen ausgestiegen, haben wichtige multilaterale Institutionen wie die Weltgesundheitsorganisation (WHO) oder die Welthandelsorganisation (WTO) verlassen oder geschwächt und haben in der Handelspolitik einen Kurs der Konflikte gegenüber China, Europa und anderen Partnern verfolgt. Mit der weitreichenden Senkung von Unternehmenssteuern in Amerika hat sich umgekehrt die deutsche Position im Steuerwettbewerb verschlechtert. Protektionismus und Unsicherheit über den weiteren Kurs waren vielfach prägend und haben auch für Deutschland erhebliche wirtschaftliche Bedeutung (Kolev, 2018; Grömling/Matthes, 2019).

Die Amtszeit von Donald Trump als US-Präsident ist ökonomisch von zwei Entwicklungen geprägt. Die ersten Jahre lagen in der Spätphase eines weltwirtschaftlichen Aufschwungs, der seit dem Ende der globalen Wirtschaftskrise 2008/2009 anhielt. Zuletzt war diese Phase – nicht nur aufgrund der Handelspolitik der USA – durch vermehrte Unsicherheit und nur noch verhältnismäßig langsam wachsenden Handel geprägt. Die zweite Entwicklung ist die Corona-Pandemie, die die USA besonders schwer getroffen hat.

Bevor in den folgenden Abschnitten die Positionen der zwei Präsidentschaftskandidaten in Sachen Handels-, Industrie- und Klimapolitik erörtert werden, wird an dieser Stelle anhand einiger makroökonomischer Kennzahlen ein erster Eindruck über die Zwischenbilanz der jetzigen Administration gegeben. Hierfür werden die ersten drei Jahre der Amtszeit von Präsident Trump berücksichtigt und jeweils mit den vier Jahren der zweiten Amtszeit von Präsident Obama verglichen. Da eine tiefergehende Analyse zu Gründen und unterstützenden Trends über den Rahmen der vorliegenden Analyse hinausgeht, ist es kaum möglich, die Entwicklung der Kennzahlen allein der Trumpschen Politik zuzuschreiben. Vielmehr sollen die verwendeten Kennzahlen einen ersten Eindruck über die Entwicklung während der Trump-Administration vermitteln. Auch die Bewegungen an den Finanzmärkten bleiben hier unberücksichtigt, die für die Darstellung der vermeintlichen eigenen Leistungen der Administration wichtig ist, nicht aber unbedingt die realen Effekte der gesamten Volkswirtschaft abbilden.

Abbildung 1-1: Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts der USA

Jährliche Veränderung und Durchschnitte der Teilperioden, in Prozent



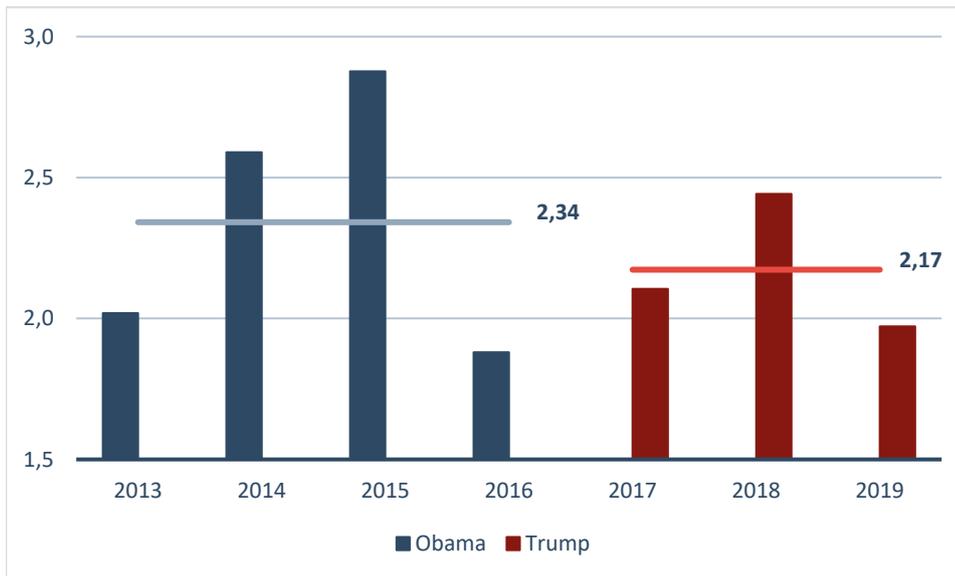
Quelle: Bureau of Economic Analysis; IW

In den ersten drei Jahren der Trump-Administration ist das BIP im Jahresdurchschnitt leicht schneller gewachsen als in der zweiten Obama-Amtszeit. Mit 2,5 gegenüber 2,3 Prozent ist dieser Vorsprung aber gering (Abbildung 1-1). Zudem ist es in der empirischen Literatur umstritten, ob es einen positiven Trump-Effekt auf die ökonomische Entwicklung in den USA gibt. Born et al. (2020) weisen darauf hin, dass das robuste Wachstum der US-Wirtschaft kaum auf die Politik des US-Präsidenten zurückzuführen ist. Jones (2020) zeigt auf, dass die Steuerreform im Jahr 2017 zu einem positiven Effekt in dem darauffolgenden Jahr 2018 führte. Die Auswirkung blieb demnach jedoch auf ein Jahr beschränkt und das Versprechen, dass sich die Steuerreform selbst finanzieren würde, konnte nicht gehalten werden. Vielmehr stieg das Haushaltsdefizit des Bundes auf 1 Billion US-Dollar. Ein besonders eindrucksvoller Aufschwung war also nicht zu verzeichnen, wohl aber eine Fortsetzung der guten Wirtschaftsentwicklung der Vorjahre. Ähnlich ist das Bild auch bei der Entwicklung des Außenhandels. Die Kosten des Handelskonflikts mit China werden für die USA auf 2,6 Milliarden US-Dollar geschätzt (Felbermayr/Steininger, 2019) und das Defizit in der Handelsbilanz stieg zwischen 2017 und 2019 um über 50 Milliarden US-Dollar (US Census Bureau, 2020).

Der andauernde Aufschwung machte sich auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Der Stellenaufbau hat sich zwar gegenüber der Zeit der Obama-Administration deutlich abgekühlt. Während in der zweiten Amtszeit von Präsident Obama jährlich 2,34 Millionen neue Stellen geschaffen wurden, waren es im Durchschnitt der letzten drei Jahre nur noch 2,17 Millionen (Abbildung 1-2). Doch die geringe Arbeitslosigkeit und die regionale Vollbeschäftigung setzen dem Stellenzuwachs natürlich Grenzen. Gerade in der Industrie, die von Donald Trump besonders ins Zentrum des Interesses gerückt wurde, hat sich der Beschäftigungszuwachs verlangsamt. Mit einem Plus von 257.000 gegenüber 285.000 Stellen pro Jahr war die Zunahme im Durchschnitt fast 10 Prozent geringer als unter Obama (Abbildung 1-3).

Abbildung 1-2: Entwicklung des Stellenaufbaus in der Gesamtwirtschaft

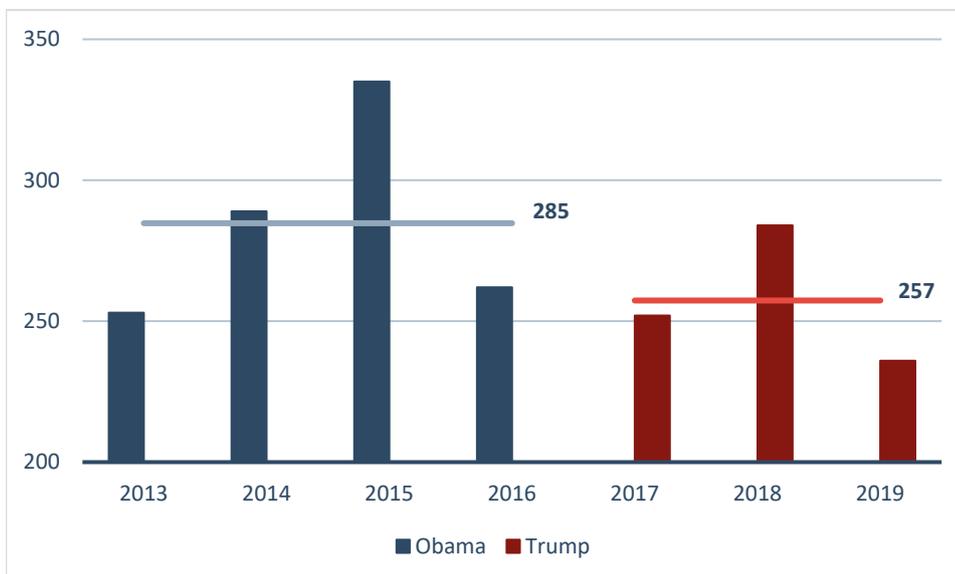
Vollzeitäquivalente, jährliche Veränderung und Durchschnitte der Teilperioden, in Millionen



Quelle: Bureau of Economic Analysis; IW

Abbildung 1-3: Entwicklung des Stellenaufbaus in der Industrie

Vollzeitäquivalente, jährliche Veränderung und Durchschnitte der Teilperioden, in Tausend



Quelle: Bureau of Economic Analysis; IW

Am 3. November finden die nächsten Präsidentschaftswahlen in den USA statt. Die Bedeutung des Ausgangs dieser Wahl für die internationale Gemeinschaft ist nicht zu unterschätzen. Die Fortsetzung der Politik der Trump-Administration würde viele der eingeleiteten Veränderungen festschreiben, während die Übernahme der Präsidentschaft und der Mehrheit der beiden Kammern des Kongresses durch die Demokraten einen erneuten Kurswechsel mit größerer Kooperationsbereitschaft möglich machen könnte.

Auf Seiten der Demokraten hat sich in den Vorwahlen im Frühjahr der frühere Vizepräsident Joe Biden durchsetzen können, die beiden Kandidaten mit einem akzentuiert linken Profil, Elisabeth Warren und Bernie Sanders, hatten das Nachsehen. Dahinter liegt auch die Einschätzung, dass ein Kandidat der Mitte Wechselwähler besser an sich binden kann, und das deutlich stärker links orientierte Klientel ihn ebenso unterstützt – schon um eine zweite Wahlperiode für Präsident Trump zu verhindern. Für Europa war Biden der berechenbarste und vermutlich beste Kandidat, insbesondere aufgrund seiner Unterstützung multilateraler Ansätze und des bei ihm weniger ausgeprägten Protektionismus (Bardt, 2020).

Drei Monate vor dem Wahltag kristallisiert sich die inhaltliche Positionierung der Kandidaten heraus. Auf Seiten der Demokraten liegt der Entwurf eines Wahlprogramms vor (Stand 21. Juli, Democratic National Committee, 2020). Die Biden-Kampagne präsentiert zudem laufend weitere Papiere zu einzelnen Politikbereichen (Biden, 2020). Die Republikaner hingegen verzichten 2020 auf eine Wahlplattform und lassen das Programm zur Wahl 2016 weiterhin gelten (Republican National Committee, 2016). Auch Trump selbst hat kein belastbares Konzept für die Politik einer zweiten Amtszeit präsentiert. Es ist davon auszugehen, dass die bisher erkennbaren Linien im Falle einer Wiederwahl eine Fortsetzung finden würden.

Um die möglichen Politikansätze nach der nächsten Vereidigung eines US-Präsidenten am 20. Januar 2021 mit Blick auf die wirtschaftspolitischen Konsequenzen für Europa einschätzen zu können, werden in den nächsten drei Abschnitten diese drei Dokumente anhand der Themen Handel, Wirtschaftspolitik und Klimaschutz ausgewertet. Dabei liegt der Fokus auf den Ankündigungen des Herausforderers, die der bisherigen Politik des Amtsinhabers gegenübergestellt werden.

2 Internationaler Handel

Die Freiheit des internationalen Handels, seine Regeln und seine Ergebnisse sind ein zentrales Konfliktfeld der Trump-Administration. Die Einführung beziehungsweise Erhöhung von Zöllen, die Neuverhandlung bestehender Abkommen und die immer wiederkehrende Drohung mit drastischen Verschärfungen der Zollpolitik sind eine Quelle von Unsicherheit für Unternehmen und schon daher eine Wachstumsbremse. Eine Eskalation mit wechselseitigen Zöllen (z.B. 25 Prozent US-Zoll auf Importe aus Europa und fünf weiteren Handelspartnern) könnte das weltweite Bruttoinlandsprodukt nach fünf Jahren um 2 ½ Prozent senken; für die USA (-4,1 Prozent) und Deutschland (-3,8 Prozent) lägen die Wohlstandseinbußen noch höher (Kolev, 2019).

Deutschland sieht sich in diesem Kontext insbesondere durch immer wiederkehrende Androhungen mit empfindlichen Zöllen auf Automobilimporte konfrontiert. Zudem stellen die fehlende Unterstützung und aktive Unterminierung multilateraler Ansätze der Handelspolitik eine besondere Bedrohung für so außenhandelsorientierte Volkswirtschaften wie die deutsche dar. Auch wenn die Entwicklung einer regelbasierten, multilateralen Handelsordnung schon in den letzten Jahren von Rückschritten geprägt war (Kolev / Matthes, 2020), stellt beispielsweise die

Verweigerung, neue Richter für die Berufungsinstanz der WTO-Streitschlichtung zu stellen, die Funktionsfähigkeit des Systems grundlegend infrage. Auch der Versuch, Autoimporte in den USA als Bedrohung der nationalen Sicherheit zu klassifizieren und damit Schlupflöcher der globalen Handelsordnung zu nutzen, hat das Vertrauen in die Stabilität internationaler Regeln unterminiert.

Von globaler Bedeutung ist darüber hinaus der andauernde Handelskonflikt mit China. Die kämpferische Position der derzeitigen US-Administration ist durch zwei Begründungsstränge getrieben: Zum einen sieht die Regierung Trump den bestehenden Importüberschuss als wirtschaftliches Problem an, auch wenn dies das Ergebnis der wohlstandsmehrenden internationalen Arbeitsteilung und kein Indikator für Gewinn oder Verlust im Handel ist. Zum anderen bestehen zahlreiche Probleme in der Interaktion mit dem chinesischen Staatskapitalismus, der mit seinen Subventionen und seiner politischen Steuerung und Unterstützung eine Wettbewerbsverzerrung darstellen kann. Eine Abkoppelung der beiden Wirtschaftszentren und zunehmende Handelsbeschränkungen würden auch die Möglichkeiten der europäischen Unternehmen beeinträchtigen. Eine gemeinsame Positionierung der demokratischen Marktwirtschaften und die Stärkung allgemein anerkannter marktwirtschaftlicher Regeln wäre im Interesse Europas und Deutschlands, während eine weitere Eskalation ohne Perspektive eines stabilen Regelwerks hochproblematisch wäre (Beer/Matthes/Rusche, 2019).

Die Handelspolitik wird auch für eine neue Administration voller Herausforderungen sein (Lester, 2020). Sie war auch vor der aktuellen Präsidentschaft im europäisch-amerikanischen Kontext nicht konfliktfrei. Die Verhandlungen über das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) war schon vor den letzten Wahlen praktisch gescheitert. Auf beiden Seiten gab es erhebliche Widerstände gegen den weitgehenden Abbau von nicht-tarifären Handelshemmnissen. Dennoch kann mit der Wahl eines neuen Präsidenten eine veränderte Perspektive für den internationalen Handel geschaffen werden. Diese würde auch die Präferenzen der US-amerikanischen Bürgerinnen und Bürger widerspiegeln. Ihre Einstellungen zum internationalen Handel haben sich in den letzten Jahren stark verändert. Eine Gallup-Umfrage zeigt, dass der Anteil der Befragten, die den internationalen Handel als eine Gefahr für die US-Wirtschaft wahrnehmen, von 52 Prozent im Jahr 2008 auf 18 Prozent im Jahr 2020 gesunken ist (Gallup, 2020). Stattdessen erkennen aktuell 79 Prozent der befragten US-Amerikaner an, dass der internationale Handel eine Chance für Wirtschaftswachstum darstellt. Im Jahr 2008 waren es nur 41 Prozent, die diese Ansicht teilten. Hierbei zeigt sich aktuell nur ein geringfügiger Unterschied in Abhängigkeit von der Parteipräferenzen. Mit 82 Prozent ist der Anteil unter den befragten Demokraten nur marginal höher als der Anteil bei den Republikanern, der bei 78 Prozent liegt.

Joe Biden / Demokraten

Im Rahmen der Vorwahlen der Demokraten hatte sich Joe Biden verhältnismäßig moderat mit Blick auf Fragen des internationalen Handels gezeigt (Bardt, 2020). Während seine Hauptkonkurrenten Elisabeth Warren und Bernie Sanders deutlich protektionistisch positioniert waren, war von Biden am ehesten ein kooperativer Ansatz zu erwarten, jedoch keine Rückkehr zu einem „Business as usual“. Die Erfahrungen in der Regierung unter Barak Obama sprechen für

eine deutlich andere Verbindlichkeit in Verhandlungen, aber auch diese Zeit war keine Blütezeit der Handelsliberalisierung, in der auch von Seiten der USA Handelshemmnisse verteidigt wurden, wenn sie im eigenen Interesse zu wirken schienen.

Das aktuelle Wahlprogramm der Demokraten trägt deutlich protektionistische Züge. Diese sind insbesondere in einer durchgehenden Ablehnung von Produktionsverlagerung ins Ausland und der hohen Unterstützung für Buy-American-Regeln, also Vorgaben zum Kauf von in den USA hergestellten Gütern zu erkennen. Dabei geht es nicht nur um die Schaffung von attraktiven Produktionsbedingungen und wettbewerbsfähigen Produkten im Inland, sondern auch um Einschränkungen des Wettbewerbs zu Gunsten heimischer Produzenten und zu Lasten internationaler Konkurrenten.

Die Demokraten kündigen an, alle Art von öffentlicher Förderung zu beenden, die Anreize zur Produktionsverlagerung ins Ausland beinhalten. Stattdessen wird für kritische Wertschöpfungsketten die Rückführung in die USA unterstützt. Als Beispiele werden Medizinprodukte und Medikamente genannt. Damit wird an die aktuelle Corona-Problematik angeknüpft. Das unspezifische Argument der Kritikalität von Wertschöpfungsketten lässt sich aber nahezu beliebig interpretieren und damit zur Begründung von Schutzmaßnahmen aller Art herangezogen werden. Als Instrumente für die Stärkung der Industrie werden verschiedene Ansatzpunkte von Steuererleichterungen über Innovationsförderung bis hin zu Buy-American-Klauseln in öffentlichen Programmen vorgesehen. Unternehmen, die Produktion oder Arbeitsplätze ins Ausland verlagern, wird die Rückzahlung öffentlicher Investitionsmittel oder anderer steuerfinanzierter Förderungen angedroht. Insgesamt zeigt sich eine Mischung aus üblicher Industriepolitik und traditionellem amerikanischen Protektionismus.

In der internationalen Handelspolitik wird eine Rückkehr zu multilateralen Ansätzen angestrebt. Dies gilt zumindest für die Durchsetzung internationaler Standards gegenüber China. Hier wird ein gemeinsames Vorgehen mit verbündeten Ländern als notwendig erachtet. Gleichzeitig wird beklagt, dass sich zu viele Länder nicht an gegebene Vereinbarungen gehalten haben. Neue Abkommen werden nur dann angestrebt, wenn die Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Industrie gesichert ist und wenn strikte internationale Arbeits-, Menschenrechts und Umweltstandards vereinbart werden. Ländern, die zur Erzielung eigener Vorteile Währungsmanipulation betreiben oder geistiges Eigentum stehlen, wird der Einsatz aller verfügbaren Mittel angedroht.

Mit einer wenig freihändlerischen Handelspolitik ist auch im Fall eines Regierungswechsels zu rechnen. Ausgeprägte Konflikte drohen insbesondere mit China. Dabei werden die verschiedenen Konfliktfelder (Währungsmanipulation, Dumping, Subventionen, geistiges Eigentum, Spionage) genannt, ein konkreter neuer Ansatz – jenseits der Einbindung verbündeter Länder – allerdings nicht ausbuchstabiert. Die Art der Umsetzung dieser Handelspolitik dürfte sich jedoch ändern. So kündigte Joe Biden an, er werde Donald Trumps Einfuhrzölle auf chinesische Waren streichen, da sie die importierten Produkte für US-Verbraucher und Unternehmen verteuern (Anderson, 2020). Zudem sieht er in den Einfuhrzöllen die Gründe für die Rezession des Verarbeitenden Gewerbes sowie für die großen Verluste der Agrarwirtschaft, die von den Steuerzahlern finanziert werden mussten. Ob er alle neu eingeführten Zölle streichen würde oder diese

eher einer Neubewertung unterwerfen würde, bleibt jedoch unklar. Bei einem Wechsel ist somit damit zu rechnen, dass die USA die Kooperation mit weiteren westlichen Ländern suchen werden, um einen gemeinsamen Ansatz im Konflikt mit China anzustreben. Für die EU wären dies positive Nachrichten. Eine WTO-Reform ist dringend notwendig, um den Umgang mit staatlich subventionierten Unternehmen im internationalen Wettbewerb, den erzwungenen Technologietransfer sowie den Diebstahl geistigen Eigentums besser zu regeln, die privilegierte Stellung Chinas als Entwicklungsland zu revidieren und das Reziprozitätsprinzip besser geltend zu machen. Die Bereitschaft der USA, sich bei diesen Themen gemeinsam mit anderen Ländern etwa aus der Ottawa-Gruppe einzusetzen, ist unverzichtbar, um den Reformvorschlägen Gewicht zu verleihen.

Donald Trump / Republikaner

Im Fall der Wiederwahl des amtierenden Präsidenten wäre mit einer Fortsetzung der aktuellen, konfliktintensiven Handelspolitik zu rechnen. Diese ist geprägt durch aggressive, mit massiven Drohungen unterfütterte Verhandlungen mit den internationalen Handelspartnern. Dabei werden die Partnerländer einzeln adressiert, um so eine bessere Verhandlungsposition zu haben. So wurde das Abkommen mit Kanada und Mexiko neu verhandelt. Auch bestand lange die Vorstellung, einzeln mit europäischen Ländern zu verhandeln, um die Stärke der Europäischen Union insgesamt nicht zur Wirkung kommen zu lassen. Auch gegenüber China wird unilateral vorgegangen, obwohl ein koordinierter Ansatz der marktwirtschaftlichen Länder vermutlich erfolgversprechender wäre.

Grundzüge der Handelspolitik der letzten vier Jahre wurden auch schon in der Wahlplattform der Republikaner aus dem Jahr 2016 formuliert, die auch als Programm für die nächste Amtszeit Gültigkeit hat. Zwar wird prinzipiell ein weltweites Freihandelsabkommen angestrebt, die „fairen“ Bedingungen, die solch ein Abkommen erfüllen müsste, sind jedoch nicht näher spezifiziert. Im Kontext des Wahlprogramms können sie aber praktisch nur so verstanden werden, dass die bilateralen Handelsdefizite gesenkt werden müssen. Mit der Vorgabe eines bilateralen Gleichlaufs von Importen und Exporten ist ein ergebnisoffener und multilateraler Freihandel jedoch nicht zu vereinbaren. Entsprechend bedeutungslos war das Bekenntnis zum weltweiten Freihandel auch in der praktischen Politik und dürfte es im Falle einer Wiederwahl auch in den folgenden Jahren bleiben.

Konkret wurde angekündigt, bestehende Handelsabkommen neu zu verhandeln, um Amerikas Interessen nach vorne zu stellen. Als möglich werden Abkommen mit befreundeten Demokratien bezeichnet. Als nicht hinnehmbar wird das Verhalten von Ländern bezeichnet, die den Marktzugang für amerikanische Firmen beschränken und gleichzeitig geistiges Eigentum stehlen. Dies zielt explizit auf China und ist als Ankündigung des späteren Handelskonflikts zu verstehen. Ebenfalls explizit angekündigt ist das Verhandlungsverhalten der US-Administration. Zwar sollen Handelsabkommen mit Ländern mit ähnlichen Werten erweitert werden, dass diese Abkommen unter massivem Druck erreicht werden sollen, ist an der Drohung mit Strafzöllen und dem Abbruch der Gespräche zu erkennen.

Einordnung

In der Handelspolitik, die unter der Trump-Administration ein zentrales Konfliktfeld zwischen europäischer und amerikanischer Politik war, kann auch bei der Wahl von Joe Biden nicht mit einer neuen Liberalisierungsoffensive gerechnet werden, wohl aber mit einem Abbau der Spannungen und Drohungen. Fundamentale Unterschiede gibt es in der Form und in der Verhandlungsbereitschaft, eine völlige Kehrtwende im Inhalt ist hingegen nicht zu erwarten. Übliche Konfliktherde wie über Flugzeug-Subventionen für Boeing und Airbus werden wie auch schon unter früheren Administrationen erhalten bleiben. Buy-American-Klauseln drohen schärfer und damit kritischer für den internationalen Handel und für europäische Exporte zu werden.

Die Trump-Regierung verfolgt einen wirtschafts-nationalistischen Ansatz, bei dem internationaler Handel nicht als Gewinn für alle Beteiligten gesehen wird, sondern bei dem die USA als „Sieger“ vom Platz gehen müssen. Eine Regelbindung und verlässliche Handelsbeziehungen sind damit nicht zu realisieren. Eine Fortsetzung des Protektionismus-Kurses und eine weitere Schwächung der internationalen Handelsregeln – beispielsweise durch die Verhinderung der Neubesetzung der Streitschlichtungsgremien der WTO – wäre eine massive Bedrohung der auf internationalen Austausch basierenden Arbeitsteilung und damit des Wohlstandes der weltweiten Volkswirtschaften.

Die letzten Jahre waren für die internationale Handelspolitik hochproblematisch. Vier weitere Jahre mit einem ausgeprägten amerikanischen Protektionismus und der Ablehnung multilateraler Ansätze und vertraglicher Verpflichtungen unter einer erneuten Trump-Administration würde die globale, regelbasierte Handelsordnung weiter erodieren lassen. Gepaart mit dem ausgeprägten und aggressiven Protektionismus sowie der Unberechenbarkeit amerikanischer, von Zollandrohungen geprägter Politik, wäre das für Europa und insbesondere für die handelsorientierte deutsche Volkswirtschaft eine Fortsetzung dieser höchst problematischen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Von den Demokraten ist keine konsequente Wende hin zu einer freihändlerischen Position der US-Regierung zu erwarten. Das protektionistische Buy-American-Prinzip zieht sich konsequent durch das Programm. Damit soll genau der Ansatz weiterverfolgt, ausgeweitet und verschärft werden, der schon während der amerikanisch-europäischen TTIP-Verhandlungen unter der Präsidentschaft Obama-Biden eines der zentralen Probleme dargestellt hat. Gegenüber China wird zwar kein weniger konfliktträchtiger Kurs angekündigt. Es ist jedoch zu erwarten, dass die USA im Umgang mit China den Alleingang aufgeben und stattdessen auf Kooperation mit weiteren gleichgesinnten Partnern setzen. Stärker betont gegenüber der aktuellen Politik ist auch die Forderung nach anspruchsvollen Arbeits- und Umweltstandards. Dies kann – soweit eine Einigung auf konkrete Standards möglich ist – in der Beziehung zu Europa machbar sein und den europäischen Vorstellungen entsprechen, gegenüber vielen anderen Ländern kann sich die Bedingung von Standards aber auch als Instrument zur Verhinderung von Handel erweisen.

Der Hoffnung auf ein gemeinsames Vorgehen verbündeter Länder unter einer demokratischen Administration bedeutet nicht, dass die bilaterale Handelspolitik frei von Konflikten sein wird. Die These, dass internationaler Handel zu Lasten amerikanischer Arbeiter gegangen sei, zieht sich durch das Programm und unterscheidet sich kaum von der aktuellen Politik. Auch die Funktionsfähigkeit der WTO wird nicht als Priorität beschrieben. Die Sicherung eines verlässlichen internationalen Regelwerks und eines entsprechenden Streitschlichtungsverfahrens steht auch für die Demokraten nicht im Vordergrund. Aufgrund der stärker multilateralen Ausrichtung ist jedoch damit zu rechnen, dass die Funktionsfähigkeit zentraler Institutionen wiederhergestellt wird. Zu hoffen ist jedoch, dass bilaterale Verhandlungen weniger erratisch und unsystematisch und weniger durch massive Drohungen und Eskalationsspiralen mit willkürlichen Zöllen geprägt sein werden, als dies während der Trump-Administration der Fall war. Auch ist zu berücksichtigen, dass Biden in der Vergangenheit eine sehr viel konstruktivere Position bezogen hat als Trump, beispielsweise bei der – an der aktuellen Administration gescheiterten – Schaffung der Trans-Pacific Partnership (TPP). Zu der TPP äußerte er die Absicht, dem Abkommen nach einer Neuverhandlung beitreten zu wollen (Weixel, 2019). Hierbei würde er das Abkommen nutzen, um weitere Länder für die Koalition zu gewinnen, die eine Reform der Welthandelsordnung voranbringen soll, um China-spezifische Herausforderungen anzugehen. Damit steigen die Chancen, bestehende Konflikte und Interessengegensätze zu beherrschen und die drohende Eskalation von Handelskonflikten zu verhindern, die sich als investitionshemmende Unsicherheit für Unternehmen und damit als Wachstumsbremse auch in Deutschland erwiesen hat.

3 Wirtschafts- und Industriepolitik

Die Wirtschaftspolitik der USA beeinflusst die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung des Landes. Die Wirkung auf Europa ist damit nur mittelbarer als bei der Handelspolitik. Dennoch ist sie auch für die europäische wirtschaftliche Dynamik bedeutsam. So geht mit erhöhtem Wohlstand eine höhere Importnachfrage einher, industriepolitische Maßnahmen können die Wettbewerbsposition amerikanischer Unternehmen verbessern oder den Wettbewerb verzerren. So hat beispielsweise die Steuerreform der Trump-Administration die Position Deutschlands im Standortwettbewerb verschlechtert, weil die USA ihre Unternehmenssteuern deutlich reduziert haben. Die geringe Besteuerung von Internet-Unternehmen hat diese im Wettbewerb weiter bevorteilt und damit Expansionspotenziale auch in Europa geschaffen.

Joe Biden / Demokraten

Die Demokraten setzen in ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik auf Instrumente, mit denen Arbeitnehmerinteressen deutlich adressiert werden sollen. So wollen sie den Mindestlohn auf 15 Dollar erhöhen und die Macht der Gewerkschaften stärken. Die Administration soll besser befähigt werden, um die Einhaltung bestehender Arbeits- und Sozialstandards besser überwachen zu können. Im Gegensatz zu den Republikanern zeichnen die Demokraten ein positives Bild vom Staat und wollen ihn leistungsfähiger machen.

Die Steuerreform der Trump-Regierung wird von den Demokraten abgelehnt. Die Steuersenkung für die höchsten Einkommensgruppen und Unternehmen soll daher zurückgenommen werden. Steuerschlupflöcher sollen geschlossen, internationale Steueroasen bekämpft werden. Gerade hinsichtlich der Besteuerung großer Internet-Unternehmen könnte dies Konflikte begrenzen, da eine angemessene Besteuerung die Argumente innerhalb Europas für eine spezielle Digitalsteuer schwächt.

Zur Stärkung des Wirtschaftswachstums und gleichzeitig zur Erreichung sozialpolitischer Ziele werden umfangreiche Investitionen in Infrastruktur, Betreuungsangebote, saubere Energie und kleine und mittlere Unternehmen gefordert, um damit Beschäftigung mit guten Einkommensmöglichkeiten zu schaffen. Gerade die Stärkung der öffentlichen Infrastruktur und des Ausbildungssystems bieten Potenzial für eine Mobilisierung der Wachstumskräfte Amerikas. Ein Umbau auf klimafreundliche Produktion und Verkehr erfordert ebenfalls in erheblichem Umfang private und öffentliche Investitionen.

Industriepolitisch bedeutsam ist die wichtige Rolle, die den Buy-American-Regeln zugestanden wird. Damit sollen öffentliche geförderte Bereiche zu stärkerer Beschaffung aus dem Inland bzw. inländischer Produktion gebracht werden. Dies soll nicht nur für die öffentliche Beschaffung gelten, sondern für alle vom Bund unterstützten Projekte, womit die Reichweite dieser protektionistischen Maßnahme weit gefasst wird. Auch zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise wird eine Verschärfung der Buy American-Regeln und ein 400 Milliarden Dollar-Programm für den Kauf amerikanischer Waren (als Teil eines insgesamt 700 Milliarden Dollar umfassenden Programms) eingefordert. Anreize wie Steuergutschriften zur Rückverlagerung von Wertschöpfungsketten stellt die internationale Arbeitsteilung und die Idee des unverfälschten Wettbewerbs ebenfalls in Frage. Diese protektionistische Ausrichtung war bei den anderen Kandidaten der demokratischen Partei ebenso vorhanden, wenn nicht stärker ausgeprägt, beispielsweise mit dem von Elisabeth Warren propagierte Ansatz des „economic patriotism“. Es muss daher damit gerechnet werden, dass die Skepsis gegenüber freiem Handel auch in einer demokratisch geführten Regierung ausgeprägt zu spüren sein wird.

Einen weiteren wichtigen Aspekt stellt der zweite Teil des 700 Milliarden US-Dollar schweren Programms dar, nämlich die Investitionen in Forschung und Entwicklung und insbesondere Zukunftstechnologien, die die Innovationskraft der Wirtschaft stärken und einen Umfang von 300 Milliarden US-Dollar haben sollen. Gefördert werden sollen zum Beispiel Projekte im Bereich der Elektromobilität, der 5G-Technologie, der künstlichen Intelligenz mit dem Ziel qualitativ hochwertige Arbeitsplätze am Anfang der Wertschöpfungsketten sowie in der Fertigung zu schaffen.

Wichtig für Biden ist eine Neuorientierung mit Blick auf den Arbeitsmarkt und die Sozialpolitik. So möchte der demokratische Kandidat die Rolle der Gewerkschaften weiter ausbauen als Teil seines Plans, die Mittelschicht als Rückgrat der amerikanischen Wirtschaft zu stärken. Dieser Plan ist eine wichtige Ergänzung zu Bidens Absichten, den Zugang zu einer qualitativ hochwertigen und erschwinglichen Gesundheitsversorgung und Ausbildung zu verbessern.

Donald Trump / Republikaner

Das Credo der Republikaner ist die These, dass der Staat Wohlstand nicht vermehren, sondern nur begrenzen oder vernichten kann. Umgekehrt wird wirtschaftlicher Wohlstand als Grundlage für die Machtposition der USA angesehen, da ökonomischer Erfolg die Grundlagen für militärische Kraft und nationale bilden.

Die Wirtschaftspolitik richtet sich an diesem Credo aus und folgt der Leitlinie, den Staat zu begrenzen und zu reduzieren. Dazu gehört insbesondere die inzwischen durchgeführte Steuerreform, mit der Unternehmen stark entlastet wurden. Vorgeschlagen ist weiterhin, die Besteuerung von Unternehmen auf das Territorialprinzip umzustellen und Investitionsanreize für Unternehmen zu setzen. Aber auch konkrete Forderungen nach Verkleinerung staatlicher Einrichtungen und der Rückdrängung von gewerkschaftlichem Einfluss finden sich in dem weiterhin gültigen Wahlprogramm.

Um die Bedingungen für wirtschaftlichen Erfolg zu stärken, wird neben der Verbesserung der Position im Kostenwettbewerb durch niedrige Steuern auch eine Verbesserung der MINT-Ausbildung angestrebt. So sollen technologische Innovationen möglich gemacht werden, die die Grundlage für weiteres Wachstum bilden. Passend zur gering geschätzten Rolle des Staates werden vielfach Deregulierungen vorgesehen, beispielsweise bei Umweltauflagen. Auch bei Infrastruktur-Investitionen ist wenig Ähnlichkeit mit europäischen Perspektiven zu erkennen, so beispielsweise bei der Klage, dass Straßeninvestitionen im Verkehrsbudget eine zu geringe Rolle spielen würden.

Einordnung

Demokraten und Republikaner verfolgen sehr unterschiedliche wirtschaftspolitische Ansätze. Während die Demokraten eine stärkere Rolle des Staates und der Gewerkschaften sehen, geht es den Republikanern um eine Verkleinerung des Staates und die Rückdrängung der Arbeitnehmervertreter. Selbst für öffentlich Bedienstete werden disziplinarische Maßnahmen und verbesserte Kündigungsmöglichkeiten gefordert. Die demokratischen Ansätze entsprechen insgesamt eher europäischen, stärker sozialdemokratisch geprägten Traditionen, die im amerikanischen Meinungskampf oft als sozialistisch diskreditiert werden, in Deutschland hingegen als Ausprägung der Sozialen Marktwirtschaft eingeordnet werden könnten. Die Republikaner hingegen stellen sich in die Tradition Ronald Reagans, die in Deutschland in seiner Staats-Ablehnung so kaum relevant ist.

4 Klimapolitik

Mit dem Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen hat die derzeitige US-Administration das international sichtbarste Zeichen gesetzt, sich nicht mehr verpflichtet zu fühlen, sich an den globalen Klimaschutzanstrengungen zu beteiligen. Als zweitgrößter Emittent von Treibhausgasen

weltweit ist ein effektives Vorgehen gegen die globale Erwärmung ohne die USA nicht möglich. Auch unter Wettbewerbsgesichtspunkten ist es aus europäischer Perspektive notwendig, dass sich die USA in vergleichbarem Maße für die Reduktion von Treibhausgasen engagieren. Ein niedrigere – implizites oder explizites – Preisniveau für CO₂ wäre ein systematischer Wettbewerbsvorteil für amerikanische Produzenten.

Sowohl aus klimapolitischer wie auch aus wirtschaftspolitischer Perspektive wäre für Europa eine Rückkehr der USA in die internationale Klimaschutzgemeinschaft und ein verstärktes Engagement Amerikas zur Senkung der Emissionen wichtig. Die gegenwärtige Politik ist jedoch im Gegenteil durch eine Ablehnung multilateraler Verpflichtungen, durch geringe innenpolitische Klimaschutzambitionen und durch eine Unterstützung des Abbaus und der internationalen Vermarktung fossiler Energieträger geprägt.

Joe Biden / Demokraten

Die Demokraten plädieren für einen grundsätzlichen Politikwechsel in der Klimapolitik. Dazu gehört das wichtige Signal, dem Pariser Klimaabkommen wieder beitreten zu wollen. Gleichzeitig sollen andere Länder zu stärkeren Ambitionen gebracht werden. Bis 2050 wollen die USA nach den Plänen des Kandidaten klimaneutral beziehungsweise netto-emissionsfrei sein. Das bedeutet, dass bestehende Emissionen durch Kompensationsmaßnahmen oder CCS (Carbon Capture and Storage) ausgeglichen werden sollen. Das Ziel einer sauberen Energieversorgung bis 2050 umfasst auch den Einsatz von Kernkraftwerken, was einen deutlichen Unterschied zur deutschen Politik darstellt.

Zur Reduktion der Treibhausgasemissionen wird eine Vielzahl von einzelnen Maßnahmen und Investitionen in unterschiedlichen Sektoren angeführt. Dabei wird auf Innovationsförderung, Investitionen und Standards gesetzt, nicht aber auf die Einführung von Preissignalen für den Ausstoß von Treibhausgasen. So sollen Emissionen aus Kraftwerken bis 2035 vollständig vermieden werden, indem technologieneutrale Verbrauchs- oder Effizienzstandards eingeführt und verschärft werden. Gleichzeitig sollen Wind- und Solarkraft deutlich ausgebaut werden. Hierin wird eine Möglichkeit gesehen, zusätzliche wirtschaftliche Dynamik und Beschäftigung im Bereich klimafreundlicher Technologien – inklusive Kernenergie und CCS – zu schaffen. Für andere Sektoren sind Ziele oder Investitionen vorgesehen (Nullemissionshäuser ab 2030 für neue Gebäude, emissionsfreie Schulbusse, 500.000 öffentliche Ladestationen für Elektroautos). Insgesamt sieht Biden ein Investitionsbudget der US-Bundesregierung in Höhe von 2 Billionen Dollar über die nächsten zehn Jahre vor, also rund 200 Milliarden Dollar im Jahr.

Wichtig aus europäischer Perspektive ist die zukünftige Bepreisung von Emissionen und die Rückwirkung auf den internationalen Wettbewerb. Ein explizites Preissignal für Emissionen, wie es in Europa über den Emissionshandel und CO₂-Steuern vorliegt, wird nicht gefordert. Es bleibt damit bei den relativ niedrigen impliziten CO₂-Preisen, die beispielsweise in Form von Kraftstoffsteuern vorliegen. So lagen in den USA die impliziten Preise für 75 der Emissionen bei unter 30 Euro je Tonne, in Deutschland galt dies nur für gut die Hälfte (OECD, 2018). Dieses niedrigere Preisniveau soll nicht angeglichen werden, gleichzeitig werden Grenzausgleichsabgaben

eingefordert, die diejenigen Länder treffen sollen, die ihre Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaschutzabkommen nicht nachkommen. Damit würde eine niedrige Bepreisung mit einer zollähnlichen Schutzmaßnahme verbunden. Verstärkt wird die protektionistische Tendenz der vorgeschlagenen Klimapolitik noch durch den Ruf nach „Buy Clean and Buy America“-Vorgaben, mit denen eine CO₂-arme Produktion unterstützt werden soll.

Donald Trump / Republikaner

Auf Seiten der Republikaner herrscht eine weitgehende Ablehnung klimapolitischer Ziele oder gar internationaler Verpflichtungen vor. Schon die Grundlagen der Klimapolitik werden in Zweifel gezogen, indem die wissenschaftliche Arbeit des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) als nicht objektiv und nicht wissenschaftlich hingestellt wird. Schon im Wahlprogramm 2016 wird das Pariser Klimaschutzabkommen abgelehnt und die Forderung nach einem Zahlungsstopp an das Weltklimasekretariat (UNFCCC) erhoben. Der Ausstieg der USA aus dem Abkommen war mithin keine Überraschung. Auf internationaler Ebene ist keine Ambition zu einem koordinierten Vorgehen zur Senkung der Treibhausgasemissionen erkennbar, die notwendig wären, um den Klimaschutz als globales öffentliches Gut verwirklichen zu können. Mit der Ablehnung des Pariser Abkommens steht die derzeitige Administration in der Tradition früherer Regierungen. Auch das Kyoto-Protokoll aus dem Jahr 1997 wurde von den USA nie ratifiziert.

Auch wenn internationale Verpflichtungen, die die USA in irgendeiner Weise binden würden, abgelehnt werden, gibt es eine nationale Klimapolitik. Die Republikaner lehnen dabei Regulierungen ebenso ab wie Steuern, auch wenn marktbasierende Instrumente und entsprechende Preissignale für kosteneffizienten Klimaschutz sorgen können. Vorgeschlagen werden stattdessen Anreize für die Entwicklung neuer Technologien, ohne dass dies hinreichend konkretisiert oder mit Zielen versehen wird.

In der für den Klimaschutz entscheidenden Energiepolitik setzen die Republikaner auf die erheblichen heimischen Energieressourcen. Mit der Nutzung dieser Ressourcen verbinden sie Einkommen, Arbeitsplätze, erhöhte Exporte und niedrige Energiekosten. Mit Nachdruck wird der Export von Energierohstoffen gefordert, insbesondere Erdgas in Form von Flüssiggas (LNG). Die Republikaner verpflichten sich, „to aggressively expanding trade opportunities and opening new markets for American energy“ (Republican National Committee, 2016, 20). Diese aggressive Unterstützung des Marktzugangs mag auch eine Rolle spielen im Konflikt um die Ostseepipeline Nord Stream 2, die den Bedarf an LNG-Importen für Europa verringern würde.

Die fossilen Ressourcen, insbesondere Kohle, im Boden zu lassen, wird vehement abgelehnt. Vielmehr sollte Kohle als bezahlbare, verfügbare und saubere heimische Energiequelle angesehen werden. Subventionsfreie Formen der Stromerzeugung werden politisch unterstützt, erneuerbare Energien sollen durch private Investoren zu kosteneffizienten Angeboten weiterentwickelt werden. Eine Förderung ist nicht vorgesehen, eine Steuer auf Treibhausgasemissionen wird explizit abgelehnt.

Einordnung

Die demokratische Partei vertritt eine klare Position für mehr Klimaschutz, was auch von fast 90 Prozent ihrer Wähler unterstützt wird (Pew Research Center, 2020). Dennoch präsentiert sich ihr Kandidat Joe Biden etwas vorsichtiger, als es insbesondere Bernie Sanders mit seiner Forderung nach Einführung von CO₂-Preisen im Vorwahlkampf tat (Sanders, 2020). Eine Bepreisung ist nicht mehr im Programm und wird von den Republikanern vehement abgelehnt. Die fehlende Zustimmung für eine Steuerung über Marktpreise, ist insofern überraschend, als dass Amerika ein Vorreiter des Emissionshandels war. Auch die Marktmechanismen im Kyoto-Protokoll, die zu effizienterem Klimaschutz beitragen sollen, wurde von den USA in den Vertrag hineinverhandelt – auch wenn sie ihn später nicht ratifiziert haben. Der generelle Marktoptimismus findet sich gerade in der Klimapolitik nicht wieder, obwohl der Effizienz- und Innovationsdruck, der durch die Marktmechanismen ausgelöst wird, hier besonders notwendig ist.

Ähnlich wie in den Plänen von Elisabeth Warren für umfangreiche klimapolitische Programme (Grünes Apollo Programm, Grüner Marshall Plan; Warren, 2020), bieten die Demokraten mit Joe Biden zahlreiche Einzelmaßnahmen für mehr Klimaschutz in den unterschiedlichen Sektoren an. Hier wird dem Staat eine stärker gestaltende Rolle zugeschrieben. Zugleich sind auch hier protektionistische Tendenzen nicht zu übersehen. Die Kombination aus weiterhin niedrigen impliziten CO₂-Preisen und einem Außenschutz wäre für die europäische Wirtschaft ein ernsthaftes Wettbewerbsproblem. Dennoch ist die skizzierte Klimapolitik einer Präsidentschaft Biden dem europäischen Ansatz sehr viel näher als die aktuelle Politik. Der Beitritt zum Pariser Klimaabkommen könnte der internationalen Klimapolitik neue Dynamik verleihen.

Auf republikanischer Seite kann von einer konstruktiven Klimapolitik kaum gesprochen werden, auch die konservativen Wähler lehnen ein größeres Engagement ab (Pew Research Center, 2020). Ein internationaler Ansatz ist nicht zu erkennen. Es gibt keine Bereitschaft, im Trade-Off zwischen kurzfristigem Wachstum und Klimaschutz irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Ein Ausgleich der drei Dimensionen der Nachhaltigkeit (soziale, ökonomische, ökologische Ziele) ist nicht zu erkennen, die Priorität liegt eindeutig auf einem Wachstumsziel, das externe Effekte der Treibhausgasemissionen ignoriert. Die Energiepolitik ist rein fossil basiert und im internationalen Kontext eine geradezu aggressive Exportpolitik, für die auch handels- und außenpolitische Konflikte in Kauf genommen werden. Ob eine Regierung Biden in bereits bestehenden Konflikten wie dem um Nord Stream 2 weniger deutlich auftritt, muss aber auch bezweifelt werden.

Aus europäischer Perspektive wäre eine Fortsetzung der aktuellen Politik äußerst kritisch zu bewerten, insbesondere da auf globaler Ebene keine Fortschritte beim Klimaschutz zu erwarten wären, obwohl die Zeit für wirksame Maßnahmen immer knapper wird. Mit einer demokratischen Regierung und einer entsprechenden Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses wären die Verteilungskonflikte der Klimapolitik nicht gelöst, insbesondere wären China und andere große Schwellenländer weiterhin von größeren Anstrengungen zu überzeugen. Dennoch wären die Chancen mit einer Regierung Biden auf vergleichbare Anstrengungen und damit ähnliche Wettbewerbsbedingungen in Europa und Nordamerika ungleich größer, wenn auch von protektionistischen Tendenzen bedroht.

5 Europa und die Präsidentschaftswahl

Die Wahl des nächsten US-Präsidenten und der Parlamentskammern ist vermutlich eine der wichtigsten Entscheidungen des Jahres 2020 – auch für Europa. Die Beziehungen zur derzeitigen US-Administration sind aus vielfältigen Gründen schlechter geworden. Verlorenes Vertrauen wiederzugewinnen ist damit eine zentrale Aufgabe der nächsten Jahre. Eine weitere Verschlechterung würde die Zusammenarbeit zur Lösung gemeinsamer Probleme weiter erschweren. Dies ist schon jetzt bei der Klimapolitik und der Handelspolitik zu erkennen.

Bei der Klimapolitik wäre der Regierungswechsel auch mit einem Politikwechsel verbunden. Die USA würden wieder in den Prozess des globalen Klimaschutzes eintreten, auch wenn die konkreten Maßnahmen und Ziele unklar bleiben. Eine Bepreisung von Emissionen analog zu europäischen Ansätzen ist nicht zu erwarten. Ein Regierungschef Biden würde die europäische Position zur Senkung der Treibhausgasemissionen stärken, die Wettbewerbsprobleme durch unterschiedliche Anspruchsniveaus würde aber nicht verschwinden. Auch eine demokratisch geführte Administration hätte erhebliche Schwierigkeiten, eine Klimapolitik nach europäischem Vorbild durchzusetzen.

Diametral stehen sich auch die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Kandidaten gegenüber. Der größere staatliche Einfluss Wunsch der Demokraten ist das Gegenteil der Staats-Minimierung in wirtschaftlichen Fragen, die die Republikaner anstreben. Zentraler Streitpunkt ist das Steuerrecht, da die Demokraten die Steuersenkungen der Regierung Trump wieder infrage stellen und revidieren wollen. Für Europa würde damit eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit wieder verringert werden. Das Schließen von Steuerschlupflöchern in den USA würde zudem die Wettbewerbsbedingungen für europäische Unternehmen angleichen bzw. verbessern. Unter dem Strich wäre eine Politik, wie sie die Demokraten verfolgen, näher an den europäischen Ansätzen.

Der wirtschaftliche Kernkonflikt lag in den letzten Jahren auf dem Gebiet der Handelspolitik. Unter einer zweiten Präsidentschaft Trump würde sich daran nichts ändern, multilaterale Institutionen der globalen Handelsordnung würden weiter geschwächt werden. Aber auch bei einem Regierungswechsel ist nicht mit einem Wechsel zu einer Politik des Freihandels zu rechnen. Das Programm der Demokraten ist weniger aggressiv als die des Amtsinhabers, aber ebenfalls stark protektionistisch geprägt. Der Konflikt mit China wird möglicherweise stärker im Schulterschluss mit befreundeten Ländern betrieben. Insbesondere die umfangreichen Buy-American-Regulierungen stellen Handelsbeschränkungen dar, die aus europäischer Perspektive schon heute hoch problematisch sind, aber vermutlich weiter ausgeweitet und nicht eingeschränkt werden. Ein Regierungswechsel wäre aus europäischer Perspektive vorteilhaft. Doch selbst dann würden handelspolitische Probleme bleiben, allerdings wohl weniger konfliktträchtig und aggressiv ausgetragen werden.

Literatur

Anderson, Stuart, 2020, Biden Says He Will End Trump's Tariffs On Chinese-Made Goods, Aide Walks Back Statement, Forbes Editors' Pick vom 6. August, 2020, <https://www.forbes.com/sites/stuartanderson/2020/08/06/biden-says-he-will-end-trumps-tariffs-on-chinese-made-goods/#5a2fb768523a> [11.08.2020]

Bardt, Hubertus, 2020, Die US-Demokraten vor den Wahlen. Was bedeuten die Positionen der Kandidaten für die europäische Wirtschaftspolitik?, IW-Policy Paper, Nr. 2, Köln https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/policy_papers/PDF/2020/IW-Policy_Paper_2020_US-Demokraten_vor_Wahlen.pdf [10.08.2020]

Beer, Sonja / Matthes, Jürgen / Rusche, Christian, 2019, Decoupling Chimerica: Consequences for the European Union, IW Report 44/2019, Köln https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Report/PDF/2019/IW-Report_2019_Decoupling.pdf [10.08.2020]

Biden, Joe, 2020, Kampagnenwebsite <http://joebiden.com> [10.08.2020]

Born, Benjamin / Müller, Gernot J. / Schularick, Moritz / Sedlacek, Petr, 2020, The macroeconomic impact of Trump <http://users.ox.ac.uk/~econ0506/Documents/Working/StableGenius.pdf> [10.08.2020]

Democratic National Committee, 2020, 2020 Democratic Party Platform, Draft (July 21st) <https://www.demconvention.com/wp-content/uploads/2020/07/2020-07-21-DRAFT-Democratic-Party-Platform.pdf> [10.08.2020]

Felbermayr, Gabriel / Steiniger, Marina, 2019, Trump's trade attack on China – who laughs last?, EconPol Policy Brief, Nr. 13, ifo Institut, München <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/219535/1/econpol-pol-brief-13.pdf> [10.08.2020]

Saad, Lydia, 2020, Americans' Vanishing Fear of Foreign Trade, Ergebnisse einer Gallup-Umfrage, <https://news.gallup.com/poll/286730/americans-vanishing-fear-foreign-trade.aspx> [11.08.2020]

Grömling, Michael / Matthes, Jürgen, 2019, Unsicherheit der Unternehmen lähmt Konjunktur; in: Wirtschaftsdienst, 99, Jg., Nr. 12/2019, S. 855–862 <https://doi.org/10.1007/s10273-019-2540-7> [10.08.2020]

Jones, Chuck, 2020, Trump's Economic Scorecard: 3 Years in Office <https://www.forbes.com/sites/chuckjones/2020/02/10/trumps-economic-scorecard-3-years-in-office/#6e2ceca97847> [10.08.2020]

OECD, 2018, Effective Carbon Rates 2018, Paris

<https://www.oecd.org/tax/tax-policy/effective-carbon-rates-2018-brochure.pdf> [10.08.2020]

Kolev, Galina, 2018, Handelsbeziehungen zwischen der EU und den USA: Pessimismus überwiegt, IW-Kurzbericht Nr. 73/2018, Köln

https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Kurzberichte/PDF/2018/IW-Kurzbericht_2018-73_Handelsbeziehungen_USA_EU.pdf [05.10.2020]

Kolev, Galina, 2019, Potenzielle Auswirkungen einer Zuspitzung des Handelsstreits – Simulations- und umfragebasierte Ergebnisse, IW Report 1/2019, Köln

https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Report/PDF/2019/IW-Report_2019-1_Auswirkungen_Handelsstreit.pdf [10.08.2020]

Kolev, Galina / Matthes, Jürgen, 2020, Multilaterale Abkommen: Enthusiasmus und Enttäuschung, in: Wirtschaftsdienst, 100. Jg., Heft 5, S. 320–324

<https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2020/heft/5/beitrag/multilaterale-abkommen-enthusiasmus-und-enttaeuschung.html> [10.08.2020]

Lester, Simon, 2020, Trade Policy under a Biden Administration, Cato Free Trade Bulletin No. 76, Washington

<https://www.cato.org/sites/cato.org/files/2020-06/ftb-76.pdf> [10.08.2020]

Pew Research Center, 2020, Two-Thirds of Americans Think Government Should Do More on Climate

https://www.pewresearch.org/science/wp-content/uploads/sites/16/2020/06/PS_2020.06.23_government-climate_REPORT.pdf [10.08.2020]

Republican National Committee, 2016, Republican Platform 2016

https://prod-cdn-static.gop.com/media/documents/DRAFT_12_FINAL%5B1%5D-ben_1468872234.pdf [5.8.2020]

Sanders, Bernie, 2020, Kampagnenwebsite

<http://berniesanders.com> [10.08.2020]

US Census Bureau, 2020, Foreign Trade

<https://www.census.gov/foreign-trade/statistics/highlights/top/top1712yr.html> [10.08.2020]

Warren, Elisabeth, 2020, Kampagnenwebsite

<http://elizabethwarren.com> [10.08.2020]

Weixel, Nathaniel, 2019, Biden: I would „renegotiate“ Pacific trade deal, The Hill vom 31.7.19,

<https://thehill.com/policy/international/455668-biden-i-would-renegotiate-pacific-trade-deal> [11.08.2020]

Abstract

The American elections in November 2020 will be of great importance not only to the US itself, but also to Europe and Germany. While transatlantic cooperation has suffered under the current administration, a change of government has the chance for a new beginning. In economic policy, the two presidential candidates differ fundamentally. Particularly, in climate and trade policy, concrete effects are to be expected, which are of great importance to Europe. With regard to climate policy, a President Biden has announced to return to the Paris climate agreement. Tighter regulations would also be expected in domestic climate policy. However, it is unlikely that emissions will be priced at a level that could harmonize the conditions of competition. Emissions trading or other pricing instruments do not appear in the programme of Biden or his party. In trade policy, too, a new government would bring changes, although the Democrats' platform is strongly protectionist. The trade conflict with China would remain critical, but the approach towards Europe could become more cooperative. Further opportunities exist in securing the multilateral trade order, as the willingness to cooperate and to bind rules is greater than with the current government.